

Der „Spartakusaufstand“ – die zweite Phase der proletarischen Revolution?

Teil 2: Das Ende des „Spartakusaufstandes“ – eine historische Einordnung
Teil 1 siehe Einsichten&Perspektiven 4/18

von Bernhard Sauer



Während des Januaraufstandes verschanzen sich Spartakisten im Berliner Zeitungsviertel hinter Rollen von Zeitungspapier.
Abbildung: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

Donnerstag, 9. Januar 1919

Angesichts des Kurswechsels der Revolutionären Obleute und der Berliner USPD war auch die KPD-Zentrale auf die Liebknecht-Linie umgeschwenkt (s. E&P 04/18). Von einem Rückzug aus den revolutionären Gremien war nun keine Rede mehr, vielmehr hoffte die KPD-Führung, dass die revolutionäre Bewegung wieder in Gang kommen würde. Der Liebknecht-Text wurde am Nachmittag des 9. Januar in einer Extra-Ausgabe der „Roten Fahne“ abgedruckt und in der Ausgabe vom 10. Januar, geschrieben am Vortag, erschien ein Leitartikel „Der Todeskampf der

Ebert-Scheidemann“. Dieser war ähnlich scharf formuliert wie der Liebknecht-Aufruf und er erweckte geradezu den Eindruck, dass man nun in die Endphase der Revolution eingetreten sei und der Sieg nahe bevorstehe. In dem Leitartikel wurde konstatiert, dass es gekommen sei, wie es hätte kommen müssen: Die „Herren Ebert-Scheidemann-Noske“ hätten verhandelt, „mit den kommissionsfrommen Genossen im lauwarmen Wasser der Wechselzeit geplätschert“ und zugleich die Truppenverbände von Berlin „neu gruppiert“. Sodann hätten sie die Verhandlungen abgebrochen und „den Herren Kautsky, Cohn“ u. a. klargemacht, „dass der weltgeschichtliche Gegensatz, der Kapital und Arbeit trennt, ausgetragen werden muss und nicht ausgehandelt werden kann“. Die Verhandlungen seien von Anfang an aussichtslos gewesen, doch hätten sie auch etwas Gutes gehabt, denn „die brutale Geste, mit der die Ebert-Scheidemann den Verhandlungstisch umwarfen“, hätten auch „dem letzten Proletarier gezeigt“, dass diese „Emporkömmlinge“ das „Blutvergießen um des Blutvergießens willen gewollt haben“. Das Proletariat habe die Lehren daraus zu ziehen. „Das Proletariat, das jetzt mit Ebert-Scheidemann ringt, ringt jetzt um die Zukunft des Proletariats schlechthin.“ Es hat den Generalstreik proklamiert. Dabei geht es um „Sein oder Nichtsein des Proletariats.“ Weiter hieß es in der „Roten Fahne“: „Jetzt müssen ihre Bataillone sich formieren, was wir in den langen Wochen seit dem 9. November tagtäglich gefordert haben, das macht dieser erste schwere Kampf,

diese erste wirkliche Revolution zur Tat: die rote Garde. Und diese erste wirkliche Revolution hole auch nach, was die vom 9. November nicht bringen konnte. Die Arbeiterräte aus jenen Tagen sind keine Organe der Macht geworden. [...] Sie mussten in den Fabriken weichen der Allmacht der Gewerkschaftsbürokratie und mussten im Politischen weichen der Landratsdemokratie: Sie sollten demnächst unter dem Misthaufen der Nationalversammlung ein wenig ehrenvolles Begräbnis finden. Sie müssen nun das erste Feld des Sieges der wahren Proletarierrevolution werden. Der Ruf: Nieder mit Ebert-Scheidemann, der heute zum Schlachtruf des kämpfenden Proletariats geworden ist, muss seine erste Verwirklichung finden in den Arbeiterräten. [...] Aus allen Teilen des Reiches kommen die Nachrichten, dass das Proletariat den Kampf aufgenommen hat, mit Sympathiekundgebungen, mit Unterdrückung der bürgerlichen und Scheidemannpresse, mit Generalstreik. Die Scheidemann-Ebert werden ihre Wunder erleben. Auf zu den Waffen.“¹

Es zeigte sich aber, dass diese Ausführungen reines Wunschdenken waren. Die Massenbewegung kam nicht wieder in Schwung. Dies lag zum einen daran, dass die von den Revolutionären Obleuten beabsichtigte massenhafte Verbreitung der beiden Aufrufe mit je einer Million nicht realisiert werden konnte. Diese erschienen lediglich in den Zeitungen „Die Freiheit“ und in der „Roten Fahne“ – beide in relativ niedriger Auflage. Zum anderen wurde aus den Betrieben von einer Streikmüdigkeit berichtet. Der Hauptgrund dürfte allerdings darin zu sehen sein, dass die Stimmung unter den Arbeitern eine ganz andere war. Diese war nicht auf bewaffneten Aufstand sondern auf Einigung ausgerichtet. „Die Freiheit“ erschien am Donnerstagabend mit der Schlagzeile „Ein Schrei nach Einigung“ und führte dazu aus: „40.000 A.E.G.- und Schwarzkopff-Arbeiter für Verbrüderung. In einer Massenversammlung, die heute Vormittag im Humboldthain von über 40.000 Arbeitern und Arbeiterinnen der A.E.G.- und der Schwarzkopffwerke abgehalten wurde, ist der Beschluss gefasst worden, eine Einigung zwischen Arbeitern aller Richtungen herbeizuführen, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen.“²

Aus den Fabriken heraus war in Berlin nun doch eine Massenbewegung von mehr als 200.000 Arbeitern entstanden, die sich auch auf andere Zentren in Deutschland ausbreitete. Zentrale Forderungen waren der Rücktritt der Regierung und aller „belasteten“ Führer der sozialistischen



Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

Parteien, die einer Einigung im Wege stünden. MSPD und KPD lehnten diese Forderungen ab, die USPD unterstützte sie. Die „Rote Fahne“ begründete ihre Ablehnung in einem längeren Grundsatzartikel. Darin hieß es in einem radikalen Statement: „Der Beschluss der Genossen und Genossinnen der A.E.G. und von Schwarzkopff ist sicher sehr gut gemeint. Wir kennen die Genossen, die in allen revolutionären Aktionen Berlin mit an der Spitze marschierten, die zu dem zuverlässigsten Vorstoßtrupp des Berliner Proletariats gehören. Aber der Glaube, die Kämpfe der Revolution durch die Parole der Einigung ersparen zu können, ist eine Illusion.“³

Auch die SPD begründete ihre Ablehnung der „Einigungsbewegung“ in einem längeren Beitrag von Friedrich Stampfer im „Vorwärts“: Darin betonte er, dass die Zeitung stets für die Einigung der unterschiedlichen Richtungen gewirkt habe, dass die Einigkeit aber durch Spartakus „gestorben“ sei. „Mit Spartakus und allen, die ihm nahestehen und die ihn fördern, ist eine Einigung unmöglich. [...] Damit ist keineswegs gesagt, dass alles, was zu Spartakus gehört, für uns auf ewig verdammt und vermaledeit sein muss. Wir Sozialdemokraten können die spartakistische Bewegung nicht mit den Augen des Spießbürgers betrachten, können in ihr nicht nur Terror, Raub, Totschlag und Plünderung erblicken, zu denen sie leider ausgeartet ist und ausarten musste. Den reinen Kern, der

1 Die Rote Fahne, Nr. 10 vom 10.01.1919.

2 Die Freiheit, Nr. 16 vom 09.01.1919.

3 Die Rote Fahne, Nr. 10 (wie Anm. 1).

in dieser schmutzigen Schale steckt, verkennen wir nicht: den leidenschaftlichen Willen zum Sozialismus, den Geist der Revolte, den Rebellentrotz, den Hang zum kühnen Abenteuer. [...] Wir bekämpfen Spartakus, weil er in seinem tollen Eifer die Gesetze der Demokratie, des Volksrechts, die uns in Fleisch und Blut gegangen sind, über den Haufen werfen will.“⁴

Die USPD unterstützte dagegen die „Einigungsbewegung“. In der „Freiheit“ erschienen immer wieder dementsprechende Artikel. So wurde auch ein Beitrag von dem MSPD-Mitglied Erich Pagel veröffentlicht, in dem dieser die „wilde Agitation der Spartakusleute“ wie auch die Politik der MSPD-Führung verurteilte: „Ich persönlich achte Liebknecht, Rosa Luxemburg nur ihrer Überzeugungstreue wegen hoch, ich muss aber mit aller Deutlichkeit erklären, dass einige Jahre Zuchthaus oder Gefängnis noch nicht ein Beweis für die Richtigkeit einer Ansicht sind. Die unsinnigen Reden und das Geschreibe der Roten Fahne hat die Verwirrung bei einem Teil des Proletariats ins Ungemessene gesteigert [...]. Die Spartakuspolitik hat meiner Meinung nach die Führung der Mehrheitssozialdemokratie noch mehr nach rechts gedrückt und die Kluft im Proletariat verbreitert.“⁵

Freitag, 10. Januar 1919

Im Anschluss an die Kundgebung der Schwarzkopff- und A.E.G.-Belegschaft fand an diesem Freitag eine gewaltige Massenkundgebung der Arbeiterinnen und Arbeiter der im Norden Berlins gelegenen Betriebe im Humboldthain statt. „Die Freiheit“ sprach von hunderttausend Teilnehmern, die ein Gedanke einte, durch „Zusammenschluss der proletarischen Front dem Brudermord ein Ende zu setzen“. Zu Beginn der Versammlung erstattete die am Vortag gewählte Kommission Bericht über die Verhandlungen mit der Regierung. „Von sechs Tribünen sprachen die Mitglieder der Kommission zu den Massen. Wir stehen gegenwärtig im Bruderkrieg. Wir sind Gegner geworden aus politischen Differenzen, – so führten die Redner aus.“ Dieser Zustand sei unhaltbar. Man wolle eine Einigung, dazu wären an diesem Tag nicht allein die Betriebe der A.E.G. und der Firma Schwarzkopff, sondern sämtliche Betriebe des Nordens und der angrenzenden Vororte zusammengetreten. „Wenn die Führer nun nicht für eine Einigung zu haben sind, so wird die Einigung gegen ihren Willen zustande kommen. Wir haben das Bestreben, gegen die Reaktion zu kämpfen, nicht aber gegen die eige-

nen Arbeitsbrüder. Kein Tropfen Arbeiterblut darf mehr vergossen werden. [...] Wir stehen auf dem Standpunkt, dass die Differenzpunkte zum großen Teil durch die Führer geschaffen sind, gleichwohl welcher Richtung.“

Weiter wurde berichtet, dass die Verhandlungskommission der USPD und der Revolutionären Obleute sich bereit erklärt hätten, „zu veranlassen, dass die bürgerliche Presse sofort freigegeben würde, alle anderen Fragen sollten Gegenstand der Verhandlungen sein. Dabei wurde bemerkt, dass ein beide Teile befriedigender Ausgleich auch die Herausgabe des „Vorwärts“ in sich schließen würde.“ Ferner sprach die Kommission die Erwartung aus, dass die Besetzungen der besetzten Druckereien ihre gewaltsam eingenommenen Plätze räumen würden, wenn die beiden Kommissionen sie durch Beschluss darum ersuchen würden. Für den Spartakus könne eine solche Erklärung nicht abgegeben werden, doch sei dieser allein zu schwach und deshalb nicht imstande, einem Abkommen auf Herausgabe der Druckereien Widerstand zu leisten.

Die Redner betonten, dass es eine friedliche Demonstration sei. „Wir gehen ohne Waffen, bewusst, dass auch die Soldaten uns als ihre Arbeitsbrüder erkennen und unser Bestreben billigen. Der morgige Tag soll uns wieder auf diesem Platze versammelt sehen, in der Hoffnung, dass dem Blutvergießen ein Ende gemacht ist.“⁶

Die KPD hatte sich an diesem Freitag ganz aus der Aufstandsleitung zurückgezogen. Am Abend des 10. Januar fand eine Sitzung ihrer Zentrale statt, auf der beschlossen wurde, die gemeinsamen Aktionen mit den Revolutionären Obleuten abubrechen, da diese sich immer mehr in das Fahrwasser der USPD-Leitung drängen ließen. In einer Erklärung hieß es: „Die Kommunistische Partei macht diese beschämende Politik selbstverständlich nicht mit und lehnt jede Verantwortung für sie ab. Wir betrachten es nach wie vor als unsere Pflicht, die Sache der Revolution vorwärts zu treiben, uns allen Verwirrungsversuchen mit eiserner Energie entgegenzustellen und durch rücksichtslose Kritik die Massen vor den Gefahren der Zauderpolitik der Revolutionären Obleute wie der Sumpfpolitik der U.S.P. zu warnen.“⁷ Man wolle sich nur noch zu informatorischen Zwecken an deren Sitzungen beteiligen. Ein entsprechendes Schreiben solle den Obleuten zugestellt werden; wegen der revolutionären Wirren war dies aber nicht möglich, es erschien dann erst am 13. Januar in der „Roten Fahne“.

4 Der Vorwärts, Nr. 22 vom 13.01.1919.

5 Die Freiheit, Nr. 20 vom 11.01.1919.

6 Die Freiheit, Nr. 18 vom 10.01.1919.

7 Die Rote Fahne, Nr. 11 vom 11.01.1919.

Für das Scheitern des Aufstandes machte der Spartakusbund das „Versagen der Führer“ verantwortlich – so der Titel des Leitartikels in der „Roten Fahne“. Kritisiert wurde, dass die Führung der Berliner Massenbewegung sehr viel an Entschlossenheit, Tatkraft und revolutionärem Elan hätten vermissen lassen. [...] Nach vier Tagen „entschließen sich die Revolutionären Obleute endlich in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag zum Abbruch der Unterhandlungen und zur Aufnahme des Kampfes auf der ganzen Linie. Die Parole Generalstreik wurde herausgegeben und der Ruf: Zu den Waffen! Das war aber auch die einzige Leistung, zu der sich die revolutionären Obleute aufgerafft haben. Es versteht sich von selbst, dass, wenn man die Parole zum Generalstreik und zur Bewaffnung in die Massen wirft, man alles tun muss, um die energische Durchführung der Parole zu sichern. Nichts dergleichen ist von den Obleuten unternommen worden! Sie beruhigten sich bei der nächsten Parole und – beschlossen gleich am Donnerstagabend, zum dritten Male in Unterhandlungen mit Ebert-Scheidemann einzutreten!

Diesmal gab die Einigungsbewegung, die unter den Arbeitern der Schwarzkopffleute und einiger anderer Großbetriebe in Fluss gekommen ist, den erwünschten Vorwand, um den eben in aller Form eingeleiteten Kampf wieder abzubrechen. [...] Es ist für jeden, der nicht getäuscht werden will, klar, dass dieser Einigungsrummel, den die U.S.P. inszeniert hat, der denkbar größte Dienst ist, den man in der gegenwärtigen Situation dem Ebert-Scheidemann erweisen kann.“⁸

Das Blatt nennt eine Vielzahl von Beschlüssen und Resolutionen, die ihrer Meinung nach das Resultat des „Wirkens des U.S.P.-Sumpfes in Arbeiterköpfen“ sind, so u. a. die des Zentralrats der Marine, der Volksmarinedivision, der Kugellagerwerke der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, des obersten Marinerats der Niederelbe, des Glühlampenwerks der A.E.G. sowie der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins, die allesamt den Rücktritt der Regierung Ebert-Scheidemann, aller „kompromittierten“ Führer sowie die Fortsetzung der Verhandlungen forderten.⁹

Der Abbruch des Generalstreiks in Berlin wurde erst am 12. Januar offiziell in einem von den Revolutionären Obleuten und dem Zentralvorstand der USPD unterzeichneten Flugblatt bekanntgegeben, doch war dieser faktisch mit dem Aufkommen der Einigungsbewegung und dem Rücktritt der KPD aus der Aufstandsleitung bereits am Freitag

beendet. Umso überraschender kam am Abend die Kehrtwendung: In der Nacht vom 10. zum 11. Januar begann der Angriff auf das „Vorwärts“-Gebäude. Das „Regiment Potsdam“ unter dem Kommando von Major Franz v. Stephani war nach Berlin beordert worden. Es unterstellte sich dem Befehl von Oberst Reinhard, der von Noske die Verantwortung übertragen bekam, „Ich beauftragte“, so Reinhard, „Stephani unter Beigabe von Minenwerfern mit der Wegnahme des Vorwärts. Ich hatte angeordnet, dass mit der Besetzung nicht zu verhandeln und die Übergabe auf Gnade und Ungnade zu fordern sei.“¹⁰

Sonnabend, 11. Januar 1919

Durch herbeigeeilte Sympathisanten war die Zahl der „Vorwärts“-Besetzer auf einige Hundert angewachsen, die teilweise mit Maschinengewehren bewaffnet waren. Viele waren aber unbewaffnet, darunter einige als Rotkreuzschwestern gekennzeichnete Frauen.

Am Morgen begann der Kampf. Die „Potsdamer“ waren in der Dunkelheit von allen Seiten aufmarschiert und hatten schwere Maschinengewehre, Geschütze und Minenwerfer in Stellung gebracht. In den Nachbarhäusern lagen auf den Dächern die Schützen, die von allen Seiten in die großen Fenster und in die Höfe des Bürohauses hineinsehen und gezieltes Feuer auf die Besetzer abgeben konnten. Diese hatten bald mehrere Tote und Schwerverletzte. Einer der Besetzer schilderte die Situation: „Jetzt stellte sich zu unserer Bitterkeit heraus, dass der Vorwärts nicht von einer disziplinierten Kampfgruppe, sondern von protestierenden Demonstranten besetzt war, von denen die meisten jetzt erst begriffen, dass ein tödlicher Kampf im Gange war. Für die Nichtkämpfer war es jetzt zu spät, das Gebäude zu verlassen. Sie suchten Schutz in den Kellern und hinter den Papierrollen in der Druckerei. Wir hatten immer noch die Hoffnung, dass die Arbeiterschaft von Berlin uns beistehen würde. Seit Tagen gingen gern geglaubte Gerüchte unter der „Vorwärts“-Besatzung um, dass hunderttausend Arbeiter im Rücken der Noske-Truppen aufmarschieren würden. [...] Es waren Illusionen.“¹¹

Der ungleiche Kampf währte nicht lange. Die „Potsdamer“ zerschossen mit schweren Maschinengewehren die Fensterscheiben und Fassaden des „Vorwärts“-Gebäudes und der benachbarten Häuser. Als die Besetzer sich nach zwei Stunden noch nicht ergeben hatten, begann das Artilleriefeuer der Regierungstruppen. „Die Granaten durch-

8 Ebd.

9 Ebd.

10 Wilhelm Reinhard: 1918-19. Die Wehen der Republik, Berlin 1933, S. 75.

11 Karl Retzlav: Spartakus. Aufstand und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt am Main 1976, S. 118.



Sanitäter bringen während des Januaraufstands Verletzte in Sicherheit.
Abbildung: SZ Photo/Süddeutsche Zeitung Photo

schlugen die Wände, rissen die Erker hinunter und hüllten das Gebäude in eine Staubwolke ein. In den Räumen war der Staub so dicht, dass wir vielfach nichts mehr sehen konnten, in einigen Räumen brach durch Treffer in die Gasleitungen Feuer aus.“ Panik breitete sich aus. In dem Zimmer, in dem sich die Leitung der Besatzung befand, wurde heftig diskutiert. Karl Grubusch, der Leiter der Besatzung, wurde bestürzt, den Widerstand aufzugeben und das Gebäude zu übergeben. Grubusch und der Dichter Werner Möller erboten sich, eine Delegation als Parlamentäre anzuführen, um über die Übergabe zu verhandeln. Weiße Tücher schwenkend und durch entsprechende Abzeichen kenntlich gemacht, verließen sieben Parlamentäre das Haus. Zu ihnen gehörte auch der Redakteur Wolfgang Fernbach. Dieser gehörte nicht zur Besatzung. Er war erst am Nachmittag des 10. Januar in das Gebäude gegangen, um jemand zu besuchen, und konnte wegen der Absperrung nicht mehr heraus. Die sieben Parlamentäre wurden in die Dragonerkaserne in der Belle-Alliance-Straße 6 abgeführt und dort an die Wand gestellt und erschossen. Möller wurde erst mit dem Bajonett erstochen, dann zerfetzte ihm ein Schuss den Unterkiefer, seine linke Gesichtshälfte war eingeschlagen. Ein anderer Mann war völlig unkenntlich, der Schädel war zertrümmert. Die Toten wurden ausgeraubt.

Auch die übrige „Vorwärts“-Besatzung gab alsbald auf. Einzeln und mit erhobenen Armen verließen sie das Gebäude.¹² Sie mussten sich in Viererreihen aufstellen und wurden mit erhobenen Armen gehend, unter Schlägen

mit Gewehrkolben und Peitschen der Soldaten zur Dragonerkaserne eskortiert. „Die Straßen waren umsäumt von Männern und Frauen, von denen einige mit Stöcken und Schirmen nach uns schlugen“, erinnerte sich ein Teilnehmer. In der Dragonerkaserne mussten sie sich an die Mauer stellen, wo die zerschossenen und entstellten Leichen der Parlamentäre lagen.

Später wurden sie in das Zellengefängnis Moabit gebracht. Die Kommission des Vollzugsrats, die mit der Kontrolle der Gefangenen bestimmt war, schilderte, dass die Gefangenen dort schwer misshandelt wurden. Die Kommission hatte Gelegenheit mit dem Oberst Reinhard zu verhandeln: „Oberst Reinhard erklärte kategorisch, er werde morgen das Standrecht verhängen. Die eingelieferten Gefangenen würden vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Auf den Einwand der Kommission, dass das der Zusicherung des Volksbeauftragten und des Zentralrats widerspreche, erklärte Oberst Reinhardt, er habe von niemand Befehle entgegenzunehmen, er sei Soldat, stehe auf vorgeschobenem Posten und habe selbständig zu bestimmen; er werde nur den Befehlen seiner militärischen Vorgesetzten Folge leisten.“ Nach einigen Tagen der Verhöre wurden die Gefangenen jedoch wieder freigelassen, und es wurden Verfahren gegen sie eröffnet. Andere Einheiten der Freikorps hatten ebenfalls in der Nacht vom 10. zum 11. Januar Angriffe auf das Druckereihaus Büxenstein und das Wolffsche Telegraphenbüro durchgeführt, die mit der Gefangennahme oder Flucht der Besatzungen endeten. Im Laufe des Nachmittags eroberte das „Regiment Reichstag“ die Zeitungshäuser von Ullstein und Mosse zurück.¹³

Am 11. Januar waren die Kämpfe in Berlin im Wesentlichen beendet. Nur rund um das Polizeipräsidium wurde noch am 12. Januar gekämpft. Dennoch hielt die Regierung Ebert an dem einmal gefassten Entschluss fest, Berlin durch starke militärische Kräfte besetzen zu lassen. „Da der Aufstand“, so Winkler, „bereits am 12. Januar endgültig niedergeschlagen war, gab es für den Einzug der Freikorps in Berlin keinen zwingenden militärischen Grund. Er erfolgte, weil Noske und die OHL weiteren Umsturzversuchen vorbeugen wollten, indem sie ein Exempel statuieren.“¹⁴ Dem eigentlichen Einmarsch der Freikorps nach einem genau festgelegten Plan des dem Oberbefehlshaber Noske unterstellten Generalkommandos Lütt-

12 Nach Oberst Wilhelm Reinhard waren es 300 Aufständische, die gefangen genommen wurden, darunter „250 russisch-polnische Juden mit fanatischen Gesichtern und etwa 50 bis 60 Russen in Uniform oder Teilen von ihr“, vgl. Reinhard (wie Anm. 10), S. 76. Reinhard trat 1927 der NSDAP und 1935 der SS bei. 1941 erreichte er den Rang eines SS-Obergruppenführers.

13 Vgl. Friedrich Wilhelm von Oertzen: Die deutschen Freikorps, S. 270, ferner: Wolfram Wette: Noske: Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987, S. 326.

14 Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806–1933, München 2002, S. 389 f.



Das Vorwärts-Gebäude nach der Beschießung.
Privatwohnung im III. Stock.

Während des Januaraufstandes kam es zwischen linken Revolutionären und regierungstreuen Freikorpsverbänden zu bewaffneten Konflikten im Berliner Zeitungsviertel. Durch die Kämpfe wurden auch private Wohnungen in Mitteleuropa gezogen.

Abbildung: Scherl/Süddeutsche Zeitung Photo

witz ging am 11. Januar eine militärische Demonstration durch das westliche Berlin voraus, die von Noske persönlich angeführt wurde. Nach dem Einmarsch der Freikorps patrouillierten diese zusammen mit den republikanischen Wehren durch die Innenstadt, doch gab es zwischen beiden Formationen immer wieder Auseinandersetzungen.

Die MSPD sprach davon, dass nun die Spartakusherrschaft zusammengebrochen sei. „Das Ende der Spartakusherrschaft“ – so titelte der „Vorwärts“ in seiner ersten Ausgabe nach seiner Wiederzulassung. In der darauffolgenden Ausgabe wandte sich das Blatt an die deutsche Bevölkerung: „An das deutsche Volk! Nach einer Woche schwerer Wirren kehrt in Berlin die Ordnung zurück. Den braven Truppen der Republik ist es gelungen, aus eigener Kraft und durch die Unterstützung der Bevölkerung einen Aufstand niederzuwerfen, der alle freiheitlichen Errungenschaften der Revolution zu vernichten drohte. Irregeleitete Fanatiker verbanden sich mit dunklen Elementen der Großstadt, um mit ihrer Hilfe und mit der Hilfe einer fremden Macht

die Gewalt an sich zu reißen, die ihnen das Volk, der allein rechtmäßige Auftraggeber jeder Regierung, aus freiem Willen niemals übertragen wird. An den Widerstand des Volkes, ganz besonders auch der Arbeiterklasse, die in ihrer erdrückenden Mehrheit die begangenen Ausschreitungen verurteilt, ist das frevelhafte Unternehmen gescheitert.“¹⁵

Was war der „Spartakusaufstand“?

Der Januaraufstand war eine spontane Erhebung. Weder die Revolutionären Obleute, noch die USPD, noch der Spartakusbund haben ihn geplant oder initiiert. Vorgesehen war nur eine reine Protestdemonstration gegen die geplante Absetzung von Emil Eichhorn. Doch dann beteiligten sich Hunderttausende an den Massenprotesten. Die Initiatoren waren selber von diesem Ausmaß völlig überrascht.

Was aber hat so viele Menschen auf die Straße getrieben? Die Absetzung von Emil Eichhorn kann nicht der alleinige Grund gewesen sein. Ganz offenkundig waren große Teile der Arbeiterschaft mit dem Gang der Entwicklung nach Beendigung des Krieges unzufrieden. Nach vier Jahren Krieg erwarteten sie einen wirklichen Neubeginn, den Bruch mit dem System, das ihnen einen mörderischen Krieg eingebracht hat. Viele Arbeiter machten den Kapitalismus für den Krieg verantwortlich. Sie wollten, dass die Schuldigen am Krieg zur Rechenschaft gezogen werden und erwarteten nun einschneidende demokratische Reformen, die den Weg frei machten für eine Entwicklung hin zu einer sozialistischen Gesellschaft. Ein Großteil der Demonstranten stand noch auf dem Boden des „Erfurter Programms“. Dieses forderte ein allgemeines, demokratisches Wahlrecht und die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den großen Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Voraussetzung sei die politische Macht in Händen der Arbeiterschaft. Diese Macht besaßen die Arbeitervertreter 1919, und sie hätten demokratische Reformen im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen können.

Projekte, die von vielen Arbeitern erwartet wurden, waren u.a. folgende: der Aufbau einer republikanischen Volkswehr und die Abschaffung des alten militärischen Dünkels wie der Grußzwang außer Diensten, die Demokratisierung der zivilen Verwaltung und der Justiz und die Entlassung reaktionäre Beamte, die offen ihren Widerwillen gegen die Republik bekundeten. Weitere Projekte wären die Durchführung einer demokratischen Bodenreform gewesen, die den Einfluss der ostelbischen Ritterguts-

.....

¹⁵ Vorwärts, Nr. 23 vom 14.01.1919.

besitzer, die traditionell allen Bestrebungen nach Demokratie entgegengetreten waren, zurückzudrängen hätte können. Und die partielle Sozialisierung privater Unternehmen. Solche Maßnahmen hätten, wären sie durchgeführt worden, wahrscheinlich eine Aufbruchstimmung erzeugt. Grundlegende Reformen wurden aber entweder nicht angegangen oder verschleppt. Die Ankündigung der bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung war weiten Teilen der Arbeiterschaft zu wenig. Sie waren enttäuscht von der überaus zaghaften, zögerlichen Politik der MSPD-Führung. Von einer demokratischen Aufbruchstimmung war wenig zu spüren.

Die MSPD-Führung begründete ihr Verhalten damit, dass demokratische Strukturreformen einem frei gewählten Parlament vorbehalten sein sollten. Demokratische Reformen der Gesellschaft standen aber nicht im Gegensatz zu den Wahlen zur Nationalversammlung, sondern hätten diese wirkungsvoll unterstützt, und wenn tatsächlich einzelne Maßnahmen nicht dem Willen der Mehrheit entsprochen hätten, so hätte ein frei gewähltes Parlament diese auch wieder rückgängig machen können.

Ein anderes Argument der MSPD-Führung lautete, dass bei Einleitung grundlegender Reformen die Entwicklung außer Kontrolle geraten und in bolschewistische Verhältnisse „abrutschen“ könnte, wobei zum Schluss in einem allgemeinen Chaos eine entschlossene Minderheit die Macht an sich reißt und der Mehrheit ihren Willen aufzwingt. Die Bolschewismusfurcht – so der SPD-Historiker Peter Lösche – war zu einem der wichtigsten Faktoren bei den politischen Entscheidungen der MSPD geworden.¹⁶ Eine bolschewistische Bedrohung hat es aber zu keinem Zeitpunkt wirklich gegeben. Als der Revolutionsausschuss am Sonntag, den 5. Januar, unter dem Eindruck der gewaltigen Massendemonstration vom Vortag zum Sturz der Regierung aufrief, war die Situation tatsächlich noch unüberschaubar, keiner konnte voraussehen, was sich entwickeln würde. Die Massenproteste hätten lawinenartig auf andere Städte übergreifen und sich zu einer allgemeinen Volkserhebung ausweiten können. Solch ein Flächenbrand hat aber nicht stattgefunden. Am Dienstagabend, spätestens aber am Mittwoch, war absehbar, dass der propagierte Aufstand gescheitert war. Die Massenproteste blieben im

.....

¹⁶ Vgl. Peter Lösche: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920. Veröffentlichungen der historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Band 29, Berlin 1967, S. 164. „Das Hauptproblem der deutschen Innenpolitik“, so Lösche, „wurde der Kampf gegen die Linke, sodass andere Fragen, wie die Demokratisierung und Sozialisierung der Wirtschaft unberücksichtigt blieben, ebd. S. 171.

Wesentlichen auf Berlin beschränkt und die Soldatenvertreter versagten die Unterstützung. Auch die Volksmarine-division distanzierte sich von dem Revolutionsausschuss. Die Forderung „Sturz der Regierung“ war im höchsten Maße abenteuerlich und verantwortungslos. Sie wurde aus der Situation heraus, spontan aufgestellt. Es gab aber überhaupt keine Strategie, wie die Regierung gestürzt werden sollte und kein Programm, was nach dem Sturz der Regierung kommen sollte. Der Aufstand verlief ziellos und führerlos, er konnte gar nicht erfolgreich sein. Am Mittwoch kam es zwar noch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, aber zu keinen größeren Massendemonstrationen mehr. In dieser veränderten Situation hätte die MSPD flexibel reagieren müssen und nicht mit einem Aufruf, der wie Öl in die glimmende Flamme wirken musste. Der Abbruch der Verhandlungen und der Aufruf der Regierung mit der Drohung „Die Stunde der Abrechnung naht“ sowie das Flugblatt der „Arbeitsstelle Berliner Studenten“ hatten auf Neue die Empörung und den Kampfeswillen in Teilen der Arbeiterschaft entfacht. Der Hinweis auf 1914 und die Behauptung, dass die Gefahr jetzt größer sei als damals, musste zusätzlich provozierend wirken, angesichts der Millionen Toten und des entsetzlichen Leids, das dieser Krieg über die Menschen gebracht hat.

Die MSPD-Führung – so Lösche – sah hinter dem Januaraufstand den Spartakusbund.¹⁷ In dem Aufruf der Reichsregierung vom 8. Januar „Die Stunde der Abrechnung naht“ hieß es: „Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht.“ Nach Beendigung der Januarunruhen sprach die MSPD Führung davon, dass nun die Spartakusherrschaft zusammengebrochen sei. Diese Aussagen stimmen in keiner Weise mit der Wirklichkeit überein. Es hat in Berlin zu keinem Zeitpunkt eine Spartakusherrschaft gegeben. Es gab auch keinen „Spartakusaufstand“: Der Spartakusbund hat sich als eine kleine, aber entschlossene Minderheit lediglich an die Massenproteste angehängt, hat versucht, diese zu beeinflussen und „vorwärtszutreiben“, aber mit nur sehr mäßigem Erfolg. Der Spartakusbund hatte zu keinem Zeitpunkt bestimmenden Einfluss auf die Massenproteste. Die Masse der Demonstranten waren keine Spartakus-Anhänger, die eine wie auch immer geartete Diktatur des Proletariats anstrebten, sondern die große Mehrheit der Demonstranten wollte die Nationalversammlung. Die meisten Demonstranten wollten aber mehr als nur Wahlen zur Nationalversammlung, Demokratie war für sie nicht nur die Abgabe eines Stimmzettels alle paar Jahre. Sie wollten zusätzlich soziale Reformen. Erst die Untätigkeit der MSPD-Führung auf diesem Gebiet hat so

.....

¹⁷ Vgl. ebd., S. 171.

viele Menschen auf die Straße getrieben. Die MSPD-Führung sah aber in den Massenprotesten keine Aufforderung zum Handeln, sondern lediglich eine Bedrohung, den Auftakt zur bolschewistischen Revolution. Sie hat die Massenproteste völlig falsch eingeschätzt.

Der Spartakusbund hatte damals schätzungsweise 2000-3000 Anhänger. Es gibt keine genauen Angaben über die Mitgliederstärke. Hans Mommsen schätzt, dass der Spartakusbund „bestenfalls“ einige Tausend Anhänger hatte.¹⁸ Ossip Flechtheim und auch Walter Tormin erwähnen, dass die Schätzungen zwischen einigen tausend Mitgliedern und einigen hundert schwanken.¹⁹ Peter von Oertzen schreibt, dass der Einfluss des Spartakusbundes auf die deutschen Arbeiter 1918/19 sehr schwach war.²⁰ Er hatte allerdings mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zwei sehr populäre Führer, die mit ihrer kompromisslosen Haltung gegen den mörderischen Krieg sich viel Anerkennung und Achtung in breiten Arbeiterschichten erworben haben. Lösche berichtete sogar, dass es Zeiten gegeben habe, in denen der Name Liebknecht wie ein „Heiliger“ genannt wurde.²¹ Die Anerkennung vieler Arbeiter für die mutigen Friedenskämpfer bedeutete aber noch keine Zustimmung zu der Politik des Spartakusbundes während der Revolutionsereignisse. Der Spartakusbund hatte kein Aktionsprogramm, das einen praktischen, gangbaren Weg wies. Die Orientierung auf den bewaffneten Aufstand nach russischem Vorbild war wirklichkeitsfremd und hat nur den rechten Kräften in die Hände gespielt. Wie die Masse der Arbeiter dachte, hat die Einigungsbewegung gezeigt. Die Arbeiter spürten, dass nur gemeinsam etwas erreicht werden kann, und zwar auf der Grundlage eines realistischen Programms. Die Forderungen des Spartakusbundes waren aber nicht realistisch, sie gingen völlig an dem Bewusstsein der großen Arbeitermasse vorbei wie auch an den realen Möglichkeiten. So blieb der Spartakusbund mit seiner sektiererischen Politik des „Alles oder Nichts“ eine unbedeutende Randgruppe. In der sozial-



Friedrich Ebert und Gustav Noske am Königssee, 01. Januar 1919
 Abbildung: ullstein bild - Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl

demokratischen Berichterstattung wurde aber die bolschewistische Gefahr geradezu gespenstisch an die Wand gemalt. Kolb sprach von einer regelrechten Psychose, die herangezüchtet wurde.²² Es wurde ein Popanz aufgebaut als Begründung für den brutalen Einsatz der Freikorps.

Am Freitag hat sich auch die KPD ganz aus der Aufstandsleitung zurückgezogen. Die Zeitungsbesetzer waren völlig isoliert. Nicht nur die USPD auch die Einigungsbewegung forderte sie zur Aufgabe auf. Es ist schwer nachzuvollziehen, warum die Besetzer in dieser aussichtslosen Lage sich nicht zurückgezogen haben. Aber offenbar machten sie sich Illusionen über die Unterstützung innerhalb der Arbeiterschaft. In dieser Situation wäre es sehr hilfreich gewesen, wenn auch der Spartakusbund die Besetzer zur Aufgabe aufgefordert hätte, auf ihn hätten die Besetzer wohl am ehesten gehört. Aber auch so war die gewaltsame Erstürmung durch die Freikorps überhaupt nicht notwendig. Arthur Rosenberg irrt, wenn er schreibt: „Die Gewaltanwendung gegen die Utopisten war nicht zu vermeiden. [...] Das Verhängnis für die deutsche Republik kam nicht dadurch, dass Noske Gewalt anwandte, sondern mit welchen Truppen er Gewalt anwandte.“²³ Nicht nur der Einsatz der Freikorps, eine gewaltsame Auseinandersetzung hätte gänzlich vermieden werden können. Eine Umzingelung hätte völlig ausgereicht, um den Besetzern die Aussichtslosigkeit ihrer Lage klar zu machen. Es war nur eine Frage von wenigen Tagen, bis die Besetzer aufgegeben hätten. Die Besetzung der Zeitungshäuser war ein Ärgernis für die Republik, aber keine Gefahr und auch

18 Vgl. Hans Mommsen: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Frankfurt am Main/Berlin 1989, S. 34.

19 Vgl. Ossip K. Flechtheim: Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach a. M. 1948, S. 29; Walter Tormin: Zwischen Räterediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/1919. Düsseldorf 1954, S. 35. Beide beziehen sich auf die gleichen Quellen.

20 Vgl. Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Berlin/Bonn 1976, S. 85.

21 Vgl. (wie Anm. 16), S. 172.

22 Vgl. Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1962, S. 406.

23 Arthur Rosenberg: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, 18. unveränd. Auflage, Frankfurt am Main 1977, S. 58 f.

die Wahlen zur Nationalversammlung wären durch sie nicht nachhaltig gestört worden. Es gibt keinen Zweifel: Wenn die MSPD-Führung gewollt hätte, hätte sie diesen Konflikt friedlich lösen können. Aber es gab innerhalb der MSPD-Führung Kräfte, die eine Verständigung nicht wollten, die ein Exempel statuieren wollten. Gustav Noske gehörte mit Sicherheit zu ihnen. Er hatte sich – wie er selbst schrieb – „auf das nachdrücklichste gegen einen Kompromiss ausgesprochen“.²⁴ Die USPD-Unterhändler hatten ja schon am Dienstag den Eindruck, „dass die Regierung durchaus nicht alles daransetzen wolle, den Weg der Verhandlungen zu gehen, sondern bereit sei, auch den Weg der gewaltsamen Lösung zu beschreiten.“

Obwohl die Kämpfe in Berlin im Wesentlichen beendet waren, marschierte Noske am 11. Januar an der Spitze der Freikorps demonstrativ in die Stadt ein. Diese Machtdemonstration war ebenfalls völlig überflüssig; sie hat aber viel böses Blut erzeugt. Noske selber wurde in bestimmten Arbeiterkreisen zum bestgehassten Politiker. In der Literatur wird oft behauptet, dass Noske und die Mehrheitssozialdemokratie gar nichts anderes übrigblieb als gestützt auf die rechtsgerichteten Freikorps den Januaraufstand niederzuschlagen. Dabei werden die Zusammenhänge oft falsch dargestellt. So schreibt beispielsweise Armin Fuhrer in seiner Thälmann-Biographie: „Noske kann sich nur auf wenige regierungstreue Truppen in Berlin stützen – so greift er notgedrungen auf das rechtsgerichtete Freikorps des Generals von Lüttwitz zurück. Auf seinen Befehl hin wird der Aufstand am 12. Januar 1919 niedergeschlagen.“²⁵ Der Aufstand wurde nicht am 12. Januar niedergeschlagen, er war bereits vorher in sich zusammengebrochen. Als Noske mit seinen Truppen in Berlin einzog, meldete ihm der Berliner Stadtkommandant, Anton Fischer, „dass nichts mehr zu tun sei, als die Ordnung nun aufrecht zu erhalten und die Waffenabgabe zu erzwingen“.²⁶ Auch ist es falsch, dass Noske sich in Berlin nur auf wenige regierungstreue Truppen stützen konnte. Neben dem Regiment Reinhard gab es in Berlin das „Regiment Liebe“ und das „Regiment Reichstag“ als republikanische Formationen. Der Berliner Stadtkommandant gab rückblickend eine recht positive Einschätzung der beiden Regimenter. Sie hätten „in einwandfreier Weise mit Bravour, Geschick und vielen blutigen Opfern Berlin und die Regierung wieder auf die



Die Konterfeis von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf der Wand des Denkmals am Landwehrkanal in Berlin, in dem man die Leiche Rosa Luxemburgs nach ihrer Ermordung geworfen hatte.

Abbildung. picture alliance/ Ulrich Baumgarten

alten Füße gestellt, Ordnung und Sicherheit geschaffen“, und zwar bevor die Noskeschen Freikorps überhaupt eingegriffen hätten.²⁷ Tatsache ist, dass die beiden republikanischen Formationen den Schutz eines großen Stadtteils rings um den Reichstag übernommen und sich aktiv an der Rückeroberung der von den Aufständischen besetzten Zeitungsgebäude beteiligt haben. Es spricht vieles dafür, dass in Berlin zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die beiden republikanischen Regimenter ausgereicht hätten. Jedenfalls hat der Einmarsch der Freikorps nicht zur Beruhigung der Lage beigetragen, sondern war wiederum Quelle neuer Gewalt wie die brutale Ermordung der „Vorwärts“-Besetzer, die willkürliche Verhaftung von Ledebour und die bestialische Ermordung von Luxemburg und Liebknecht mit aller Deutlichkeit gezeigt haben.

Die MSPD-Führung hat die Gefahr einer Gegenrevolution völlig unterschätzt. Sie hat sich der Freikorps bedient, was zumindest in diesem Ausmaß gar nicht notwendig war. Problematisch war dabei vor allem auch, dass sie keine wirkliche Kontrolle über die Tätigkeit der Freikorps hatte – diese handelten vielmehr weitgehend eigenständig, in vielen Fällen willkürlich. Dabei gab es militärpolitische Alternativen zu dem Freikorps-Einsatz. Hätte Noske nicht einseitig eine Freikorpspolitik betrieben, sondern die republikanischen Verbände ausgebaut – der Einsatz der Freikorps wäre weitestgehend entbehrlich gewesen. Charakteristisch für die damalige verfahrenere Lage war auch, dass in keiner Kabinettsitzung jemals über Noskes Militärpolitik debattiert wurde. „Es gab kei-

24 Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S. 73.

25 Armin Fuhrer: Ernst Thälmann: Soldat des Proletariats. München 2011, S. 66.

26 Wette/Noske (wie Anm. 13), S. 327.

.....

27 Wette/Noske (wie Anm. 13), S. 326.

nen Beschluss darüber, an welcher politischen Linie sich Noske orientieren sollte, und es gab auch keine Kritik an dem Weg, den er dann von sich aus eingeschlagen hatte. Es hat den Anschein, als ob die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann, Landsberg und Wissell ihren Kollegen Noske ganz einfach dankbar waren für seine Bereitschaft, die ‚Drekarbeit‘ zu erledigen [...].²⁸ Während die führenden Mehrheitssozialdemokraten ständig eine bolschewistische Gefahr beschworen, die es in Wirklichkeit so gar nicht gab, ignorierten sie die Gefahren, die sich aus der Zusammenarbeit mit den Freikorps und den alten Mächten ergab. Für sie war entscheidend, dass an der Staatsspitze ein Wechsel stattgefunden hat, damit sah sie die Herrschaftsorganisation der gestürzten Klasse als beseitigt und damit auch die Gefahr einer Gegenrevolution. Sie übersah dabei völlig, dass der gesamte gesellschaftliche Unterbau – die Verwaltung, die Justiz, der Militärapparat – nahezu unangetastet geblieben war und nach wie vor von Kräften dominiert wurden, die der neuen Ordnung ablehnend bis feindlich gegenüberstanden. Als am 20. November 1918 im Kabinett von Seiten der USPD die Entlassung Hindenburgs gefordert wurde, antwortete Ebert, Hindenburg habe auf Ehrenwort versichert, hinter der neuen Regierung zu stehen, es bestehe kein triftiger Grund, gegen ihn vorzugehen.²⁹ Besonders deutlich hat der Zentralrats-Vorsitzende Robert Leinert die Haltung der führenden Mehrheitssozialisten gegenüber den Freikorpsführern ausgedrückt: „Ich befürchte auch keine Konterrevolution. Denn die Leute müssen ja auf unsere Regierung einen Eid ablegen.“³⁰ Diese Vertrauensseligkeit wurde spätestens mit dem Kapp-Putsch bitter enttäuscht.

Haben die führenden Mehrheitssozialdemokraten tatsächlich an die bolschewistische Gefahr geglaubt, oder war dies nur vorgeschoben, weil sie grundlegende gesellschaftliche Veränderungen gar nicht wollten oder Angst vor solchen Veränderungen hatten? Auf einige wird dies sicherlich zutreffen, doch ist diese Frage im Nachhinein nur sehr schwer zu beantworten. Sicher ist aber auch, dass das Handeln führender Sozialdemokraten maßgeblich von der Furcht vor dem Bolschewismus mitbestimmt gewesen war, wobei die Politik des Spartakusbundes zu dieser Angst nicht unwesentlich beigetragen hat. Aber nicht nur in der Retrospektive, sondern auch schon damals war erkennbar, dass eine bolschewistische Gefahr nicht

ernsthaft existierte. Die MSPD hatte die Möglichkeit, zusammen mit Teilen der USPD und gestützt auf große Teile der Räte grundlegende gesellschaftliche Reformen in die Wege zu leiten. Damit hätte sie zugleich auch den radikaleren, utopistischen Bestrebungen den Wind aus den Segeln genommen. Auf diese Weise wäre eine stabile demokratische Ordnung mit sozialistischen Elementen entstanden, die als kämpferische Demokratie auch energischer gegen die zahlreichen paramilitärischen und antisemitischen Verbände hätte vorgehen können. Die MSPD tat dies nicht – sie hat damit eine einmalige historische Chance verspielt. Es war nicht nur die Furcht vor dem Bolschewismus, sondern vor allem auch die Angst vor der Verantwortung, die das Handeln der führenden Sozialdemokraten bestimmt hat.³¹ Als der MSPD in den Revolutionsereignissen von 1918/19 ohne ihr Zutun und gegen ihren Willen die Macht zufiel, hatte sie kein Konzept eines schrittweisen Übergangs zu einer neuen Ordnung. „Von der ersten Stunde an war es ihr Anliegen, den revolutionären Strom so schnell wie möglich in das kanalisierte Flussbett einer Wahlkampagne zu leiten; auf diesem Terrain fühlte sie sich sicher, während ihnen die Herrschaftsausübung ungewohnt und die alleinige Verantwortung zu tragen, unerträglich war.“³² Die Nationalversammlung erschien ihr als „der Rettungsanker in einem Meer der Unsicherheit [...]“.³³ So bedeutsam das unbeirrte Eintreten der MSPD für die Nationalversammlung auch war, so einseitig und unvollkommen war andererseits doch diese Politik, da der Kampf für die Parlamentarisierung nicht eingebettet war in ein Gesamtkonzept einer Demokratisierung der gesamten Gesellschaft. Ein schlichtes Entweder – Oder hat es nicht gegeben, es gab die Möglichkeit eines „dritten Weges“. Es gab die Möglichkeit, gestützt auf die Volksbewegung eine fortschrittliche demokratische Republik mit sozialistischen Zügen zu errichten, eine Republik, die wohl stabil genug gewesen wäre, um das Aufkommen des Nationalsozialismus zu verhindern. ▀

.....
 31 So stellt auch Tormin fest: „Der SPD fehlte oft der Mut zur Verantwortung und es fehlten ihr wohl auch die geeigneten Persönlichkeiten [...]“ Walter Tormin: Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, Düsseldorf 1954, S. 132.

32 Kolb (wie Anm. 22), S. 181.

33 Ebd.

.....
 28 Wette/Noske (wie Anm. 13), S. 329.

29 Ebd.

30 Vgl. Kolb (wie Anm. 22), S.179